

in dieser älteren Generation finden wir so verkrustete Stereotypen, während es in der jüngeren Generation, meiner Meinung nach, weniger der Fall ist.

Die andere Frage wäre, was können wir noch machen, um neue Identifikation zu setzen. Da ginge es um Gegenwart und Zukunft. Wie werden die DDR-Bürger in die Gestaltung von beiden einbezogen? Es ist zu einem Wechsel der Machteliten gekommen. Meiner Meinung nach auch zurecht. Aber trotzdem empfinden viele ihre neuen Westchefs nicht unbedingt als identitätsschaffend. Die Frage wäre auch, warum nicht viele Oppositionelle der alten DDR in Führungspositionen gekommen sind. Ich sehe da einen beiderseitigen Prozess. Einmal haben diese sich oft der Macht verweigert, noch aus einer alten Identität heraus, aus der DDR, daß man keine Machtposition einzunehmen habe, und andererseits gab es von der anderen Seite auch einen Ausschluß gerade dieser Leute von der Macht. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank, Frau Simon, die uns schon mit ihrem Beitrag in die Probleme hineingeführt hat. Es folgt Heinrich August Winkler.

Prof. Dr. Heinrich August Winkler: Meine Damen und Herren, das wiedervereinigte Deutschland ist auch heute noch in vieler Hinsicht ein gespaltenes Land. Daß es ein Land mit zwei politischen Teilkulturen ist, das zeigen uns immer wieder die Wahlergebnisse aus den alten und den neuen Ländern. Weniger ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist eine damit eng zusammenhängende Spaltung, die auf die gegenseitige Sicht der Deutschen in Ost und West einwirkt: ein höchst unterschiedliches Bild nicht nur der Geschichte des geteilten Deutschland, davon war heute nachmittag schon die Rede, sondern auch der gemeinsamen deutschen Geschichte vor 1945.

Ein zentrales Problem ist hierbei das Verhältnis von Demokratie und Diktatur. Gerade im Hinblick auf dieses Thema läßt sich ein kräftiges Weiterwirken von Stereotypen beobachten. Dabei gibt es ein leicht erklärliches Ost-West-Gefälle. Wenn es so etwas wie ein „Geschichtsbild West“ gibt, ist es ein kontroverses Produkt kontroverser Debatten, wie es dem Charakter einer pluralistischen Gesellschaft entspricht. Soweit wir verkürzend von einem „Geschichtsbild Ost“ sprechen können, schlägt sich darin auch heute noch die Tatsache nieder, daß es in der DDR bis 1989 ein Geschichtsdeutungsmonopol einer Partei, der SED, gab. Den Wirkungen dieses Monopols sich ganz zu entziehen, war wohl kaum möglich. Folglich ist es auch nicht erstaunlich, daß von diesen Wirkungen einiges fort dauert. Die Straßenumbenennungen wären dafür ein sehr sprechendes Beispiel, wobei die Debatten, die kontroversen, manchmal mindestens ebenso wichtig erschienen wie die Umbenennungen selbst. Ich füge hinzu: Über Dimitroff und Pieck mußte man nun wirklich streiten, und man konnte auch über Clara Zetkin streiten. Aber das ist nur ein Stichwort für die Diskussion.

Um meine Behauptung zu illustrieren, daß wir es in Deutschland mit zwei Geschichtskulturen nach wie vor zu tun haben, nenne ich das Stichwort der Weimarer Erfahrungen. In der alten Bundesrepublik verbindet man damit die Erinnerung an die Krisen und das Scheitern der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Daran fügt sich eine zweite Erinnerung, die an den erfolgreichen Versuch des Parlamentarischen Rats in den Jahren 1948/49, aus dem Scheitern der Weimarer Republik zu lernen und im zweiten historischen Anlauf, der nicht erkämpft wurde, sondern den wir einer Chance verdanken, die uns durch den glücklichen Zufall anderer Besatzungsmächte als im Osten gegeben wurde, eine wertgebundene, funktionstüchtige, repräsentative westliche Demokratie aufzubauen.

Das Weimar-Bild der SED war bekanntlich ein radikal anderes, nämlich im wesentlichen das ihrer Vorgängerin, der KPD. In letzter Instanz ist die erste Republik demnach am Klassenverrat der Sozialdemokraten gescheitert. Hitler wäre dieser Deutung zufolge nicht an die Macht gelangt, wenn sich Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer antifaschistischen Einheitsfront zusammengeschlossen hätten. Die richtigen Lehren aus Weimar habe die DDR gezogen: Das blieb bis zuletzt die Doktrin der SED.

Die politische Aktualität beider Sichtweisen liegt auf der Hand. Der Lesart „West“ entspricht das Postulat von der „Solidarität der Demokraten“. Der Lesart „Ost“, wenn ich die von der SED geprägte Geschichtsinterpretation vergrößernd so nennen darf, der Aufruf zur „Einheit der Linken“. Tatsächlich hätte es die erste deutsche Republik überhaupt nicht gegeben, wenn die Linke einig geblieben wäre. Die parlamentarische Demokratie beruhte auf der Bereitschaft der gemäßigten Kräfte in der Arbeiterbewegung und im Bürgertum, miteinander zusammenzuarbeiten. Die auf das Dogma vom Klassenkampf eingeschworene marxistische Vorkriegssozialdemokratie war, so gesehen, noch nicht demokratiefähig. Oder, um die These noch mehr zuzuspitzen: Die Spaltung der marxistischen Arbeiterbewegung war, so paradox das klingt, Vorbelastung und Vorbereitung der ersten deutschen Demokratie in einem.

Nicht nur im Hinblick auf die erste deutsche Demokratie können wir auf Schritt und Tritt bis heute anhaltende Wirkungen von historischen Stereotypen feststellen. Wenn wir uns den beiden deutschen Diktaturen zuwenden, ist der Befund derselbe. Das wird deutlich, sobald wir vor „Diktatur“ das Adjektiv „totalitär“ setzen. Würde die Verwendung dieses Begriffs auf eine Gleichsetzung höchst unterschiedlicher Herrschaftsformen, etwa jener Stalins und Hitlers, also auf das Stereotyp „rot gleich braun“ hinauslaufen, wäre dieser Begriff wissenschaftlich unbrauchbar. Aber neben Unterschieden gibt es eben auch Gemeinsamkeiten zwischen den genannten Regimen, Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Herrschaftsstrukturen und der Herrschaftsmethoden. Diese Gemeinsamkeiten heben die kommunistischen und faschistischen Diktaturen von autoritären Diktaturen mit weniger umfassendem Herrschaftsanspruch ab. Schon um diesen Unterschied nicht zu verwischen, ist ein differenzierter, ela-

stischer, für den historischen Wandel offener Gebrauch des Begriffs „totalitär“ sinnvoll.

Vernünftige Alternativen sind auch nicht erkennbar. Der gelegentlich zu hörende Vorschlag, doch besser von „moderner Diktatur“ zu sprechen, führt nicht weiter, sondern in die Irre. Er bescheinigt bestimmten Diktaturen eine Modernität, die einer kritischen Nachprüfung nicht standhält. Und was wären die Gegenbegriffe zu „moderne Diktatur“? Vormoderne oder postmoderne Diktatur etwa? Die Suche nach Ersatzbegriffen zu „totalitär“ hat bisher eher Verwirrung hervorgerufen als Klarheit gebracht.

Eine andere Gefahr ist meiner Ansicht nach noch größer. Ich möchte sie die nicht beabsichtigte sekundäre Apologie nennen. Würden wir aus Rücksicht auf Empfindlichkeiten in einem Teil der öffentlichen Meinung Ostdeutschlands den Begriff „totalitär“ tabuisieren, würden davon posthum nicht nur kommunistische, sondern auch faschistische Diktaturen, obenan die nationalsozialistische, profitieren. Mit der Entdramatisierung des Begriffs beginnt die Verharmlosung der historischen Wirklichkeit – bis hin zur Apologie. Ein kritischer Vergleich fördert immer Gemeinsamkeiten und Unterschiede zutage. Unkritisch wäre ein Vergleich, der die eine Diktatur zur Entlastung der anderen heranzieht. Das hat beim altbundesdeutschen Historikerstreit 1986 Ernst Nolte getan, als er den Holocaust aus dem Archipel GULag „abzuleiten“ versuchte. Aber es gibt auch die Apologie in der ideologischen Umkehrrichtung. Man kann die NS-Diktatur als Folie nehmen, um die DDR, mit Günter Grass' Romanhelden Theo Wuttke zu sprechen, als „kommode Diktatur“ erscheinen zu lassen. Bei dieser Art von Vergleich gerät die Berufung auf die deutsche Katastrophe, die Herrschaft des Nationalsozialismus, zum Vehikel politischer Entsensibilisierung: ein pathologischer Lernprozess.

Die Spaltung Deutschlands in zwei Geschichtskulturen ist ein Faktum, aber keines, mit dem wir uns abfinden müssen. Die Formel meines geschätzten Kollegen Hagen Schulze, es gelte, die unterschiedlichen Geschichtsbilder in Ost und West zur Kenntnis zu nehmen und zu tolerieren, diese Formel kann ich mir nicht zu eigen machen. Eine solche Harmonisierung von Gegensätzen, eine Art intellektueller Burgfriede, würde weder der Wissenschaft noch der Demokratie gut bekommen. Mit Blick auf das, was wir vom einstigen Geschichtsdeutungsmonopol der SED noch heute nachwirken sehen, sollte die Maxime gelten: Wir müssen diese Wirkungen ernstnehmen und uns mit ihnen auseinandersetzen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir haben hier schon zwei durchaus gegensätzliche Einschätzungen gehört und könnten eigentlich schon anfangen zu diskutieren. Aber wir haben noch weitere, die wir zunächst hören wollen. Herr Hans-Jürgen Fischbeck bitte.